ERZBISTUM HAMBURG

Haltung zeigen und Verantwortung übernehmen

Erklärung des Diözesanpastoralrates des Erzbistums Hamburg zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2026

In mehreren Bundesländern fanden in den letzten Wochen Wahlen statt. Auch Mecklenburg-Vorpommern hat ein neues Parlament gewählt. Wir respektieren das Ergebnis dieser demokratischen Wahl und die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler.

Gleichzeitig sehen wir das Ergebnis mit Sorge. Es zeigt, dass populistische und extremistische, völkisch-nationalistische, antisemitische, rassistische und diskriminierende Positionen auf erhebliche Zustimmung stoßen oder zumindest bei Wahlentscheidungen in Kauf genommen werden. Damit stellen sich Fragen nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und nach dem Umgang mit Positionen, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder anderer Merkmale abwerten oder ausgrenzen.

Für uns sind die Würde jedes Menschen und die Gleichheit aller nicht verhandelbar. Sie sind Grundlage unseres christlichen Glaubens und Maßstab für unser Handeln. Ebenso stehen wir für eine freiheitliche Demokratie, in der unterschiedliche Meinungen ihren Platz haben, Menschenrechte gelten und Konflikte friedlich und fair ausgetragen werden.

Als Kirche wollen wir deshalb

- die Würde und Gleichheit jedes Menschen verteidigen,
- Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken,
- Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit klar widersprechen,
- Räume für Begegnung und einen offenen, respektvollen Austausch schaffen,
- Sorgen und Erfahrungen der Menschen ernst nehmen und gemeinsam nach Lösungen suchen,
- für einen öffentlichen Diskurs eintreten, der sich an Wahrheit und überprüfbaren Fakten orientiert.

Dazu gehört auch der Dialog mit Menschen, die politische Positionen vertreten, die wir nicht teilen. Wir wollen zuhören und verstehen, welche Erfahrungen, Sorgen und Enttäuschungen dahinterstehen. Wir wollen die Gräben nicht vertiefen, sondern aktiv gegen das Schweigen angehen.

Dialog bedeutet für uns jedoch nicht, jede Position gutzuheißen. Wo Menschen abgewertet, ausgegrenzt oder gegeneinander ausgespielt werden, braucht es eine klare Grenze.

Kirche ist Teil dieser Gesellschaft und trägt Verantwortung für ihren Zusammenhalt. Sie entwickelt keine politischen Programme. Aber sie muss ihre Stimme erheben, wenn sie die Würde des Menschen, die Freiheit und unsere demokratische Grundordnung bedroht sieht.

Wir nehmen das Wahlergebnis deshalb als Anlass, nicht wegzusehen und nicht zu verstummen. Katholikinnen und Katholiken tragen als Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für unsere Demokratie. Jede und jeder kann dazu beitragen, dass Menschen miteinander im Gespräch bleiben und Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit keinen Raum gewinnen.

Wir wollen diese Verantwortung wahrnehmen – nüchtern und in Sorge um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.